



# luczak@bundestag

Ihr CDU-Bundestagsabgeordneter  
für Tempelhof-Schöneberg



## Dr. Jan-Marco Luczak

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter der CDU  
für Tempelhof-Schöneberg

Ordentliches Mitglied  
im Rechtsausschuss und im  
Unterausschuss Europarecht  
Stellvertretendes Mitglied im  
Innenausschuss

### So erreichen Sie mich:

Dr. Jan-Marco Luczak MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 71878  
Fax: 030 - 227 76978  
jan-marco.luczak@bundestag.de

[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

### Newsletter

Abonnieren Sie den **Newsletter**  
von Dr. Jan-Marco Luczak -  
schicken Sie eine E-Mail an:  
[jan-marco.luczak@bundestag.de](mailto:jan-marco.luczak@bundestag.de)

### Zitat des Monats

*„Doch am Ende dieses Weges wird  
Europa stärker aus der Krise hervorge-  
hen, als es in sie hineingegangen ist.“*

- Bundeskanzlerin Angela Merkel in  
ihrer Neujahrsansprache -

### ARBEITSMARKTPOLITIK

## Rekordjahr für den Arbeitsmarkt

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg,

2011 war für Deutschland ein gutes Jahr – im europäischen wie internationalen Vergleich stehen wir hervorragend da. Unsere Wirtschaft ist in 2011 mit drei Prozent erneut sehr robust gewachsen. Davon profitiert vor allem der Arbeitsmarkt – die Arbeitslosenzahl liegt stabil unter drei Millionen und die Zahl der Erwerbstätigen ist auf Rekordniveau. Im vergangenen Jahr übersprang sie die 41-Millionen-Marke – so viel wie nie zuvor in unserem Land.



Dieser wirtschaftliche Aufschwung kommt bei den Menschen an – Löhne und Gehälter sind letztes Jahr real gestiegen. Auch die Rentnerinnen und Rentner haben mehr Geld zur Verfügung. Dieses Rekordjahr bestätigt die Schaffens- und Innovationskraft unserer Unternehmen und das Engagement unserer Arbeitnehmer. Angesichts der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen in Europa war dieser Erfolg aber auch nur deshalb möglich, weil die christlich-liberale Koalition bei ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik klug, konsequent und weitsichtig gehandelt hat.

In 2012 steht der deutsche Arbeitsmarkt vor neuen Herausforderungen: Die Gefahren der europäischen Staatsschuldenkrise sind für unsere Unternehmen keineswegs gebannt. Die Union tritt daher weiterhin für eine Kultur der Stabilität und Solidität in Europa ein. Nur so können wir die derzeitigen Probleme in Europa nachhaltig lösen. Eurobonds oder andere Maßnahmen zur Vergemeinschaftung von Schulden sind der falsche Weg – sie führten uns nur noch tiefer in die Schuldenspirale. Alles, was die Bundesregierung zur Bewältigung der Krise tut, tut sie auch und gerade im Interesse Deutschlands. Denn nach wie vor gilt: wir in Deutschland profitieren vom Euro vom Binnenmarkt am meisten. Was gut ist für Europa, ist damit auch gut für unsere Bürger und unsere Wirtschaft.

Doch auch national müssen wir unsere Hausaufgaben machen – unser Arbeitsmarkt muss auch in der Zukunft schwankungs- und krisenfest gestaltet werden. Dazu wirken wir über bessere Aus- und Fortbildung sowie zielgerichtete Anwerbung von Arbeitskräften dem Fachkräftemangel entgegen. Auch muss Arbeitssuchenden muss der Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert, die Beschäftigungsmöglichkeiten von älteren Arbeitnehmern weiter verbessert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgebaut werden. Sozialen Verwerfungen in Teilbereichen der Arbeitswelt wollen wir wirksam durch eine von den Tarifpartnern vereinbarte, allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze bekämpfen. Wir haben alle Chancen für ein erfolgreiches Jahr 2012 – ich bin überzeugt: gemeinsam werden wir sie nutzen!

Herzliche Grüße

*Jan-Marco Luczak*

Neue Homepage ist online - erreichbar unter:  
[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

## Luczak vor Ort

### ■ Mitgliederversammlung

#### CDU Lichtenrade

Di, 31. Januar, 19.30 - 22.00 Uhr,  
Familienrestaurant „Reisel“,  
Alt-Lichtenrade 83

### ■ CDU-Präsent

Sa, 25. Februar, 10.00 - 12.00 Uhr,  
Bahnhofstraße, Lichtenrade

### ■ Bürgersprechstunde

#### Dr. Jan-Marco Luczak

Di, 7. Februar, 18.00 - 19.00 Uhr,  
Restaurant „Zur Linde“, Kirchhainer  
Damm 37

### ■ Bürgersprechstunde

#### Dr. Jan-Marco Luczak

Mo, 26. März, 17.30 - 18.00 Uhr,  
Restaurant "Hell oder Dunkel", Lauba-  
cher Straße/Fehlerstraße

### ■ Bürgersprechstunde

#### Dr. Jan-Marco Luczak

Mo, 26. März, 18.15 - 18.45 Uhr,  
Restaurant "Glühwurm",  
Südwestcorso 69a

## Kurz notiert

### ■ BER schafft 40.000 Arbeitsplätze

Der Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) soll bis zur Eröffnung am 3. Juni diesen Jahres 40.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dies entspricht mehr als doppelt so vielen Arbeitsplätzen wie in Tegel und Schönefeld zusammen – derzeit arbeiten rund 17 800 Arbeitskräfte an diesen Standorten. Bis 2014 sollen nach Schätzungen 73.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Flughafen abhängen.

### ■ Mehr Netto vom Brutto

Mehr Netto vom Brutto gibt es für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 1. Januar 2012. Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung, der seit 2007 bei 19,9 Prozent lag, wurde auf 19,6 Prozent gesenkt. Die Arbeitnehmer werden dadurch um ca. 1,4 Milliarden Euro entlastet. Die Beitragssatzsenkung ist eine Folge des starken Aufschwungs am Arbeitsmarkt. Die Deutsche Rentenversicherung erzielte aufgrund dessen einen Einnahmeüberschuss von 4,4 Milliarden Euro.

### ■ Weniger Hartz-IV-Bezieher

Der deutsche Arbeitsmarkt verzeichnet mit rund 1,9 Millionen Arbeitslosengeld-II-Beziehern den niedrigsten Stand seit Einführung von „Hartz IV“ im Jahr 2005.

## Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

## Luczak ins Kuratorium gewählt

Der Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak wurde vom Deutschen Bundestag in das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gewählt.

Zweck der Stiftung ist es, gesellschaftlicher Diskriminierung homosexueller Frauen und Männer in Deutschland entgegenzuwirken. Das Kuratorium berät und unterstützt die Arbeit des Vorstandes und überwacht die Verwendung des Stiftungsvermögens von zehn Millionen Euro.

Luczak setzt sich in seinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg seit Jahren gegen Intoleranz und Homophobie ein – er ist regelmäßiger Gast beim Christopher Street

Day (CSD), auf dem schwullesbischen Motzstraßenfest oder unterstützt das schwule Anti-Gewaltprojekt MANEO: „Ich freue mich sehr, dass ich als Mitglied des Kuratoriums zukünftig noch viel direkter daran mitwirken kann, unsere Gesellschaft toleranter und offener zu gestalten. Denn leider gibt es immer noch Anfeindungen und Ge-

„Wir brauchen eine gezielte Aufklärungs- und Bildungspolitik.“



Luczak auf dem CSD

walt gegenüber Homosexuellen. Ich glaube, dass wir vor allem die zugrundeliegenden Vorurteile angehen müssen, denn Gewalt beginnt im Kopf. Deswegen brauchen wir eine gezielte Bildungs- und Aufklärungspolitik.“

Luczak zeigte sich zusehends, dass die Arbeit der Magnus-Hirschfeld-Stiftung hier einen wichtigen

Beitrag leisten wird: „Ich wünsche mir, dass bunte und vielfältige Lebensentwürfe selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft werden.“

Dr. Magnus Hirschfeld war Mitbegründer der ersten Homosexuellenbewegung. 1918 schaffte er die Voraussetzung für die Gründung des weltweit ersten Sexualforschungsinstituts. ■

## Entwurf neues Meldegesetz

## Luczak kämpft gegen Scheinmeldungen

In Berlin sind etwa 200.000 Personen unter falscher Adresse oder nur zum Schein angemeldet. Ermöglicht hat dies die Lockerung der Meldepflicht durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2004.

Seitdem müssen Bürger bei der An- oder Ummeldung ihres Wohnsitzes keine Bestätigung ihres Vermieters mehr vorlegen. Davon profitieren auch und gerade Kriminelle: Mittels Scheinmeldungen lassen sich Straftaten verdecken oder im Fall des Sozialbetrugs überhaupt erst begehen – denn die Ermittlung der Täter ist dann nahezu unmöglich. Als Folge ist der gewerbsmäßige illegale Handel mit Meldeadressen in der Stadt explodiert.

Diese kriminellen Machenschaften will der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Jan-Marco

„Täter müssen abgeschreckt werden.“

Luczak unterbinden und Täter abschrecken. Luczak hat sich daher bei Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich dafür eingesetzt, höhere Bußgelder für den Handel mit illegalen Meldebestätigungen zu ermöglichen. Mit Erfolg: Der

Entwurf des Innenministeriums zum neuen Meldegesetz, der derzeit dem Bundestag zur parlamentarischen Beratung vorliegt, beinhaltet Luczaks Vorschlag. Demnach sollen bei falschen Meldeangaben statt der bisher maximalen Zahlung von 1.000 Euro bis zu 50.000 Euro Bußgeld verhängt werden können. Ein zentraler Aspekt im Gesetzesentwurf ist auch, dass Vermieter künftig bei der Anmeldung und Abmeldung von Mietern mitwirken müssen. So können Scheinmeldungen ebenfalls verhindert werden. ■